

Für faires Wirtschaften. Ressourcenverschwendung stoppen

Hintergrundinformationen

Stand: 7. Juni 2017

Die Menschheit hat nur eine Erde, verhält sich aber so, als hätte sie gleich mehrere Planeten zur Verfügung. Wir leben seit Jahrzehnten weit über unsere Verhältnisse und verbrauchen die natürlichen Ressourcen der Erde zudem in einem immer schnelleren Tempo. Der „Earth Overshoot Day“, also der Tag, an dem die menschliche Nachfrage an natürlichen Ressourcen die Fähigkeit der Erde zur Reproduktion dieser Ressourcen in diesem Jahr übersteigt, rückt jedes Jahr weiter nach vorne im Kalender. Vor 20 Jahren lag er noch im November, inzwischen liegt er Anfang August – in Deutschland waren die nachhaltig nutzbaren Ressourcen im Jahr 2017 sogar schon Ende April aufgebraucht. Um dem entgegenzuwirken, muss die langfristige Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen endlich die oberste Priorität für unsere soziale und wirtschaftliche Entwicklung werden.

DARUM GEHT'S:

WACHSTUM

Unser Wirtschafts- Finanz- und Handelssystem ist in erster Linie auf das Primat „Wachstum“ ausgerichtet. Da die natürlichen Ressourcen der Erde jedoch begrenzt sind, führt ein System ständigen Wachstums zwangsläufig in eine Sackgasse. Vor diesem Hintergrund ist es dringend erforderlich, unsere Art zu wirtschaften und Handel zu treiben zu hinterfragen, die Grenzen des Wachstums zu akzeptieren und Akzeptanz für nachhaltiges Wirtschaften zu schaffen.

UMBAU DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS

Das Prinzip „Weniger ist mehr“ hat in den letzten Jahren immer mehr Menschen zusammengebracht, die unter der Überschrift Post-Wachstum oder Suffizienz neue Ansätze des nachhaltigen Wirtschaftens und Lebens diskutieren und in die Praxis umsetzen. In städtischen Gärten, mit Reparatur-Cafés und Leihläden setzen sich zahlreiche Initiativen – und auch der BUND – landauf landab für Entschleunigung, gemeinschaftliche Nutzung von Gütern und weniger Konsum ein. Zugleich ist ein grundlegender sozial-ökologischer Umbau des Wirtschaftssystems unumgänglich, wenn allen Menschen weltweit ein Leben in Würde ermöglicht werden soll – heute und für zukünftige Generationen.

UMWELTSCHÄDLICHE SUBVENTIONEN STREICHEN

Ein Teil des Problems ist, dass umweltschädliche Industrien nach wie vor durch milliardenschwere Subventionen gefördert werden. Das verzerrt den Wettbewerb und konterkariert den Umweltschutz. In Deutschland beläuft sich die Höhe **umweltschädlicher Subventionen auf über 57 Mrd. Euro pro Jahr**, insbesondere für Energie, Bauen, Wohnen und Landwirtschaft. Allein zwölf Mrd. fließen in den Flugverkehr. In Europa betragen allein die Subventionen von Energieträgern über 330 Mrd., weltweit sind es fünf Billionen €.

HANDELSPOLITIK ÄNDERN

Durch eine an Konzerninteressen ausgerichtete Handelspolitik und entsprechenden Abkommen wie TTIP und CETA wird versucht, **bestehende Umweltschutz-Standards wie das Vorsorgeprinzip wieder auszuhebeln** und zukünftige Maßnahmen zum Schutz von Umwelt, Natur und Menschen weiter zu erschweren, indem internationalen

Konzernen weitreichende Klagerechte eingeräumt werden, wenn sie durch die Maßnahme einen geringeren Profit erwarten können.

RESSOURCENVERBRAUCH SENKEN

Durch ineffiziente Produktionsweisen und die steuerlich höhere Belastung von Reparaturarbeiten gegenüber Neuanschaffungen werden **massiv Ressourcen verschwendet**. Beispielsweise werden allein in Deutschland jedes Jahr pro Kopf über 130 kg Lebensmittel weggeworfen und schätzungsweise 120 Mio. Handys liegen in deutschen Haushalten unbenutzt herum. Insgesamt landen mehr als 55% der Abfälle in Europa auf Deponien oder in Verbrennungsanlagen, obwohl ein Großteil davon wiederverwertet werden könnte. Zusätzlich entstehen durch diese Entsorgung giftige und klimaschädliche Emissionen, die Luft, Böden sowie Meere und andere Gewässer belasten.

SO GEHT'S NICHT:

UMBAU DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS

Vor dem Hintergrund der 2015 in New York vereinbarten UN-Nachhaltigkeitsziele (SDG) hat die Bundesregierung 2016 ihre Nachhaltigkeitsstrategie erstmals grundlegend überarbeitet. Doch wird die neue „**Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie**“ dem umfassenden Anspruch der SDG nicht gerecht. Sie orientiert sich weiter am Wirtschaftswachstum und trägt damit den Grenzen des Wachstums nicht durchgängig Rechnung. In der Konsequenz sind die Ziele der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie weiterhin nicht scharf genug formuliert, zudem fehlen verbindliche Zwischenschritte und wirksame Maßnahmen. Betroffen sind vor allem die zentralen Ziele, den Flächenverbrauch zu stoppen, den Stickstoffüberschuss zu reduzieren und den Ökolandbau weiter auszubauen. Dies verdeutlicht, dass die Bundesregierung wirtschaftlichen Abwägungen nach wie vor eine höhere Priorität einräumt als einer nachhaltigen Entwicklung. Dabei kann es nicht um ein scheinbar gleichberechtigtes „Ausbalancieren“ zwischen Wirtschaftsinteressen und Umwelt gehen. Auf lange Sicht werden wir die überlebenswichtigen UN-Ziele zu Hunger, Armut, Artenverlust und Klimawandel nur erreichen, wenn wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen mit oberster Priorität erhalten.

HANDELSPOLITIK ÄNDERN

Sowohl die vorherige (Union und FDP) als auch die aktuelle Bundesregierung (Union und SPD) waren von Beginn der Verhandlungen zu CETA (ab 2009) und TTIP (ab 2014) treibende Kraft hinter den Abkommen und der damit verbundenen handelspolitischen Agenda der Europäischen Union. Sie verspricht sich von den Abkommen eine (weitere) Steigerung der deutschen Exportquote und des Wirtschaftswachstums. Experten stellen letzteres in Frage. Die Sorge, dass die Abkommen im Gegenzug Umweltschutz-, Sozial- und Verbraucherschutz-Standards gefährden und durch ausländische Schiedsgerichte den Rechtsstaat aushebeln könnten, hat die Bundesregierung lange ignoriert. Erst nach massivem Protest einer breiten zivilgesellschaftlichen Bewegung, hunderttausenden Demonstranten und über einer Millionen Unterschriften hat der Bundeswirtschaftsminister kurz vor Unterzeichnung des CETA-Abkommens versucht, die SPD-Basis durch kosmetische Korrekturen zu befrieden. Dabei wurden jedoch weder die weit definierbaren Sonderklagerechte für ausländische Unternehmen eingeschränkt, noch das Vorsorgeprinzip als Grundlage von Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz in Deutschland und Europa gesichert. Auch die Möglichkeit, effektiven Klimaschutz und die Förderung erneuerbarer Energien durch das Abkommen zu behindern, wurde nicht beseitigt. Erst aufgrund des massiven öffentlichen Drucks fanden die Verhandlungen nicht mehr hinter verschlossenen Türen statt. Ursprünglich sollten die Verträge geheim und intransparent ausgehandelt und den Parlamenten und Bürger*innen nach dem Motto „Friss Vogel oder stirb“ vorgelegt werden. Inzwischen wird versucht, den Grad der erreichten Transparenz z.B. bei dem Abkommen mit Japan wieder zurückzuschrauben. Denn die erreichte Öffentlichkeit ist ein maßgeblicher Grund für das Stocken der TTIP-Verhandlungen: Kuhhandel vor laufenden Kameras ist ungleich schwieriger als in geheimen Hinterzimmern. Aber das heißt natürlich nicht, dass nicht andere Wege gesucht werden. So ist TiSA, das Abkommen zur Liberalisierung der Dienstleistungen, bereits weit gediehen, die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Japan wurden begonnen und die EU-Kommission möchte einen weltweiten Investitionsgerichtshof etablieren.

RESSOURCENVERBRAUCH SENKEN

Ebenfalls 2016 hat die Bundesregierung die Fortschreibung des seit 2012 bestehenden **Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (ProgRess)** verabschiedet. Das Programm soll dazu beitragen, die Ziele der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zu erreichen, Produkte und Konsum ressourcenschonender zu gestalten und die Kreislaufwirtschaft auszubauen. Es ist allerdings bedauerlich, dass dieses Programm bei der Effizienz stehen bleibt und die Herausforderung einer nachhaltigen Ressourcennutzung nicht auch darin gesehen wird, dass in unserer

Gesellschaft diskutiert werden muss, welche Güter wir für ein "gutes Leben" wirklich brauchen. Für die Bereiche Volkswirtschaft und Kreislaufwirtschaft werden zwar viele gute Ansatzpunkte, Indikatoren und Zielsetzungen genannt, allerdings mangelt es an einem Fahrplan, der zeigt, wie die Ziele erreicht werden wollen.

SO GEHT'S:

UMBAU DES WIRTSCHAFTSSYSTEMS– RESSOURCENVERBRAUCH SENKEN

Angesichts der begrenzten natürlichen Ressourcen, des Klimawandels und drohenden Artenverlusts und angesichts der gravierenden Ungleichheit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern muss unser Ziel sein, absolut Energie und Material zu sparen. **Suffizienz muss dafür zu einem Leitmotiv progressiver Nachhaltigkeitspolitik werden.** Zentrale Rahmenbedingungen dafür sind: a) ausnahmslos hohe soziale und ökologische Standards für Konsumgüter; b) Bund, Länder und Kommunen müssen Maßnahmen ergreifen, um die Verschwendung von Ressourcen und Energie sowie die fortgesetzte Versiegelung von Flächen absolut zu begrenzen, c) auf europäischer Ebene müssen **Abfallvermeidung, Recycling und Wiederverwendung** mit konkreten Zielen verbindlich verankert werden. Außerdem muss auch die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung deutlich geschärft sowie mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen unterlegt werden, damit sie endlich zu einem vorrangigen und handlungsrelevanten Instrument wird.

UMWELTSCHÄDLICHE SUBVENTIONEN STREICHEN

Dringend erforderlich sind zudem der **Abbau umweltschädlicher Subventionen** sowie auch die Verteuerung nicht nachhaltiger Güter und Dienstleistungen. Wer sich ökologisch und sozial verhält, soll dafür nicht länger finanziell bestraft werden. Wer externe Kosten verursacht, muss zahlen – so lange bis er sein Verhalten entsprechend ändert. Das ist das Ziel einer ökologisch effektiven, sozial gerechten und ökonomisch wirksamen Umweltbesteuerung. Mit den frei werdenden Mitteln kann die Modernisierung der Infrastruktur im Bereich Energie, Verkehr und Kommunikation finanziert und die nachhaltige Entwicklung weitgehend beschäftigungsneutral unterstützt werden. Zusätzlich könnten die Gelder eingesetzt werden, um die sozialen Sicherungssysteme sowie Kinder- und Altersarmut zu verringern. International würde der Subventionsabbau genügend Mittel freisetzen, um alle klimapolitischen Beschlüsse des Pariser Abkommens umzusetzen.

HANDELSPOLITIK ÄNDERN

Um das zu unterstützen, muss sich die Bundesregierung in der EU und weltweit für eine **gerechte, sozial und ökologisch verträgliche Außenhandelspolitik** einsetzen, die gleichberechtigte Verhandlungen auf multinationaler Ebene anstelle bilateraler Abkommen bevorzugt. Nötig ist ein Handelssystem, das insbesondere international verbindliche soziale und ökologische Pflichten für Unternehmen festlegt, hohe Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt fördert, Regulierungsspielräume von Regierungen und eine parlamentarische Kontrolle stärkt, regionale Wirtschaftskreisläufe fördert und transparenten Wertschöpfungsketten folgt. Umwelt- und Klimaschutz müssen in der internationalen Handels- und Entwicklungspolitik eine deutliche stärkere Rolle einnehmen. **Deshalb darf der Bundestag das CETA-Abkommen zwischen der EU und Kanada nicht ratifizieren, und die – derzeit ausgesetzten – Verhandlungen für das TTIP-Abkommen mit den USA müssen endgültig beendet werden.** Auch die Pläne der EU, einen multilateralen Investitionsgerichtshof einzurichten, müssen aufgegeben werden – zumindest solange die Unternehmen ausschließlich und einseitig Rechte bekommen, ohne dass ihnen entsprechende Pflichten z.B. in Bezug auf Umweltschutz und Menschenrechten abverlangt werden.

FORDERUNGEN AN DEN KOALITIONSVERTRAG

Der BUND fordert folgende Inhalte für den Koalitionsvertrag:

1. Die künftige Bundesregierung muss alle Subventionen auf den Prüfstand stellen und umweltschädliche Subventionen umgehend streichen, beginnend mit den Vergünstigungen für Dieselmotoren, Dienstwagen und den Flugverkehr.
2. Der Koalitionsvertrag hält fest, dass reparaturfreundliches, recyclinggerechtes Produktdesign in nationalen Gesetzen (z.B. KreislaufwirtschaftsG – ElektroG – WertstoffG) verbindlich festgeschrieben werden muss. Die neue Bundesregierung muss die Reparatur von Geräten erleichtern, z.B. garantierte Ersatzteillieferung durch den Hersteller für eine festgesetzte Lebensdauer des Produktes und durch eine reduzierte Mehrwertsteuer für Reparaturbetriebe.

3. Die neue Bundesregierung ratifiziert das umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA nicht und beendet endgültig die Verhandlungen zum Investitionsabkommen TTIP. Darüber hinaus setzt sie sich in der EU und weltweit für ein Handelspolitik und Entwicklungszusammenarbeit ein, die eine sozial und ökologisch gerechte Entwicklung fördert.
4. Die Bundesregierung muss ihre Nachhaltigkeitsziele für 2030 bei der Weiterentwicklung der Strategie im Jahr 2018 deutlich schärfen, sowie mit verbindlichen Zwischenschritten und wirksamen Maßnahmen unterlegen. Sie muss die Strategie endlich zu einem vorrangigen und handlungsrelevanten Instrument ihrer Regierungspolitik machen. Die Grenzen des Konsums, die absolute Reduktion von Ressourcen-, Energie-, und Flächenverbrauch und eine konsequente Suffizienzpolitik müssen zum Leitgedanken der Politik werden. Die neue Bundesregierung muss sich dieser Idee im Koalitionsvertrag verpflichten und erste Ideen für einen sozial und ökologisch gerechten Umbau präsentieren.

Kontakt und weitere Informationen:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)
Bundesgeschäftsstelle
Antje von Broock
Teamleitung Klima
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel. (0 30) 2 75 86-434
antje.vonbroock@bund.net

www.bund.net